

ne. Je  
n bewegt,  
s Grund-  
em Unter-  
den Maß-  
ie Haupt-  
der völkl-  
errie lag.  
Grund-  
und um  
cht wieder  
die Phan-  
re es nun  
at zu möh-  
ge bestrebt  
erbrochene  
lassen —  
acht wird,  
konstruiert  
ert ver-  
teilung  
is sich in  
at haben,  
bringung  
eicht ge-

henbau in  
18. 50 A  
Gleichen  
M von R.  
— Für  
das Et.  
Schulbau  
Auerbach  
— Für den  
für den  
zuwachs  
Jahr.  
Ingen des  
1. M.  
Bibliothe  
D. 20 M.  
Parie aus  
Klostwiger  
enmalisten  
Expositus  
ausgeworke  
M. 90 A.  
pehniw.

erlässliche  
se Speise  
n nicht aus-  
Gewürze.  
spesit an  
samentlich  
wirkt trog  
Organne  
wissen-  
sürgte vor-  
befährtlich  
Rahmung.

Die  
sonne,  
müde  
inner,  
  
Eier

üden.  
Aero-  
dem  
drach.  
erge-  
mittelnd  
n mit  
ter!"  
s sie  
chaf-  
sanft

ern!"  
alt-  
kaffer  
ert er  
alte  
angang  
halten

znen;  
est zu  
aber  
zwei  
ihr!  
Hörst  
rlich  
Vic.  
Sie

# Südliche Volkszeitung

Ortszeitung täglich nach dem Mittag, mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.  
Ausgabezeit: Mittag, 1 Uhr, 50 Pf., 1. Auflage, 2 Kr. 55 h über  
Schriftsteller. Bei all. and. Zeitungen ist der Betrag auf preis. Abge-  
nommen in der Wochenschriften: 11-12 Uhr.

Unabhängiges Tageblatt i. Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Inhalt: machen die Regelung, welche über deren Raum mit  
15 J. Städte in 50 J. die Größe, breite an, 3. Weiber, haben  
Siedlungen, Siedlungen und Geschäftshäuser; Straßen  
Geführer Straße 48. — Herausgeber: Mr. 1906.

## S. Handwerk und katholischer Volksverein.

Bei der Empfehlung des Volksvereins für das Katholische Deutschland und bei der Darlegung seiner sozialen Tätigkeit begegnet man in Handwerkerkreisen oft dem Einwande, daß der Volksverein zwar für alle möglichen Stände etwas tue, nicht in demselben Maße aber für den Handwerkerstand, daß er für die Hauptforderungen der Handwerker nicht genügend nach oben und unten eintrete. Wer eine solche Behauptung aufstellt, beweist eben, daß er die Stellung des Volksvereins zu der Handwerkerfrage und die umfassende Vertretung der Handwerkerinteressen durch den Volksverein einfach nicht kennt. Nach seiner ganzen Bestimmung und nach der Art seiner sonstigen Tätigkeit kann natürlich der Volksverein nicht in der Weise für die Handwerker eintreten, daß er mit Anträgen an die Staatsbehörde herantritt, daß er selber Innungen und Genossenschaften gründet und unterstützt. Das ist die Aufgabe der Handwerkskammern und der Handwerksammlungen, der Handwerkerbünde und Innungen. Er kann nicht mit Anträgen und Beschwerden an die Gemeindebehörden herantreten, das ist Sache der Innungen und Innungsausschüsse. Der Volksverein ist eben ein Verein zur Aufklärung, Schulung und sozialen Anregung für alle Stände.

In dieser sozialen Aufklärung und Anregung vertritt der Volksverein gemäß dem Programm des Zentrums vor jener die wichtigsten Handwerkerforderungen, wenn auch in der Verkürzung, welche die gegen früher veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse und die besonnene fluge Taktik gebietet. Der Volksverein handelt da im Sinne der ausgleichenden Zentrumspolitik. Die bekannten Forderungen des Zentrums, die bei den Staatsberatungen immer wieder erhoben werden, sind auch die Forderungen des Volksvereins, und wer zugibt, daß von allen Parteien das Zentrum wohl am entschiedensten für die Handwerkerforderungen eintritt, kann gerechter Weise diese Anerkennung auch dem Volksverein nicht versagen.

Soziale Aufklärung und Anregung unter den Handwerkern zur Benutzung staatlicher Hilfe und der Selbsthilfe sucht der Volksverein zu verbreiten durch seine in mehreren Millionen verbreiteten Handwerkerblätter, durch seine Vereinszeitung, seine sozialen Tagesfragen, durch seine soziale Auskunftsstelle und Vereinsbibliothek. Vor allem aber sucht er, ausgehend von dem Erfahrungssatz, daß diejenige Standesbewegung am meisten Aussicht auf Erfolg hat, die in der weitgehendsten Weise die öffentliche Meinung zu bearbeiten weiß, durch seine an 400 Zentralschriftenverhandlungen und von diesen, sowie auch der Handwerker-Zeitung, reichlich benützte „Sozialpolitische Korrespondenz“ Propaganda für die Handwerkerforderungen zu machen. Aus dieser Korrespondenz ersicht man, daß die Handwerkerfrage beim Volksverein durchaus keine nebenächliche Rolle spielt, und wenn der Volksverein es ermöglicht, daß in 400 Zeitungen möglichst aufklärende Artikel über Handwerkerfragen erscheinen können, so hat der Handwerkerstand ihm recht viel zu danken. Von seiner Stelle in Deutschland aus dürfen wohl auf dem Wege der Presse so intensiv die Handwerkerforderungen vertreten werden, wie von der „Sozialpolitischen Korrespondenz“ des Volksvereins aus.

Den Geschäftsführern und Beraternsmännern stellt der Volksverein unter dem Titel: „Das Arbeitsprogramm des Volksvereins“ einen (5.) Brief zu: „Wie können wir im Volksverein zur Hebung des Handwerks wirken?“ (16 S.) Auch sonst ist der Volksverein für das Handwerk eingetreten. In Württemberg z. B. ist von ihm ein eigener Handwerkeramt angestellt worden, der den Handwerkerbund und, was in Süddeutschland besonders schwierig ist,

viele Innungen ins Leben rief. Auf Versammlungen, deren im Jahr viele Hunderte in ganz Deutschland stattfinden, wird immer wieder auch die Handwerkerfrage erörtert und man kann wohl die Frage aufwerfen, welche andere Organisation so viel für Aufklärung und Agitation unter den Handwerkern geleistet hat als der Volksverein. Auch die Handwerkskammern können bisher dem Volksverein in dieser Art der Tätigkeit nicht das Wasser reichen.

Tatsai ist noch folgendes zu berücksichtigen. Wenn Innungen und Handwerkskammern Agitationsversammlungen halten, so haben sie eben nur diejenigen Handwerker um sich, die schon für die Handwerksförderung arbeiten wollen, während der Volksverein in seinen Versammlungen auch die bisher Lauen und Gleichgültigen erreichen und anregen kann. Sodann kann der Volksverein auch die übrigen Stände für das Handwerk interessieren, denn auch ihr Interesse und ihre Mitarbeit ist zur Hebung des Handwerkerstandes unbedingt notwendig. Das ist ja auch einer der Schäden für das Handwerk, daß man vielfach den Handwerkerstand als minderwertig und nicht leistungsfähig betrachtet und lieber seine Aufträge groben und auswärtigen Geschäften anwendet, als einem Handwerker. Das wird nur dann anders werden, wenn man allmählich dem großen Publikum wieder Vertrauen und Interesse für die Hebung des Handwerkerstandes einholt, und das wird am ehesten angebahnt durch den Volksverein, der alle Stände umfaßt.

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß der Volksverein ähnlich dem Zentrum für das Handwerk ebenso wohl arbeitet wie für andere Stände, und der oben erwähnte Vorwurf ist deshalb vollständig nichtig und läßt sich nur durch Unkenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse erklären. Wenn aber der Volksverein ein so handwerkerfreundlicher Verein ist, so ergibt sich daraus für die Handwerker die Pflicht, zahlreich in den Volksverein einzutreten und an der Lösung seiner Aufgaben mitzuarbeiten. Es ergibt sich aber weiter für sie die Lehre, daß sie im Geiste des Volksvereins auch eifrig für ihren Stand arbeiten sollen. Durch die Aufklärung von Seiten des Volksvereins werden hoffentlich recht viele Handwerker lernen, in den Innungen zielbewußt und unermüdet zu arbeiten, die Tätigkeit der Handwerkskammern zu unterstützen, Fortbildung und Aufklärung im Handwerkerstande immer mehr zu pflegen, die Gesetze strengstens durchzuführen, daneben auch die ausgedehnte Selbsthilfe in den Genossenschaften zu organisieren. Nur auf diesem Wege ist es dem Handwerk möglich, den „golden“ Boden wieder zu gewinnen, den es leider im Laufe der Zeiten verloren hat.

## Der Reichstag im letzten Winter.

Der stürmische und sensationelle Schluss der Reichstagssitzungen hat bisher die allgemeine Aufmerksamkeit derart in Anspruch genommen, daß man zu einem Rückblick auf die Reichstagsverhandlungen gar nicht gekommen ist. Die Arbeit des letzten Winters aber wird in der Parlamentsgeschichte stets einen hervorragenden Platz einnehmen. Wenn auch nicht viele Gesetze verabschiedet sind, so sind doch die Verhandlungen höchstensam für unsre gesamte Weiterentwicklung nach innen und außen.

Während zu Beginn der Session noch das Zentrum einen Initiativvorschlag auf Begehung von Anreisebeihilfen einbringen mußte, während der Stellvertreter des Reichskanzlers, Graf v. Bojodowsky, sich im Dezember 1905 mit ausschärfender Schärfe gegen die Diäten wandte, ist plötzlich im April 1906 die Diätenvorlage erschienen und wenn sie anfangs auch keine freundliche Aufnahme fand, ging sie doch mit sehr großer Mehrheit durch, obwohl die Rechte sich in eine heftige Opposition hineinredete und hier wie bei anderen Gelegenheiten heftig Sturm lief, um den

bestgehaften Grafen Bojodowsky zu befeitigen. Die Wirkung der Diäten zeigte sich sofort in einem gut beichten Haushalt und in der Absenkung der Debatten.

Selten noch ist eine Flottenvorlage so glatt angenommen worden, wie die des Jahres 1906. Zu dritter Lesung wurde kein Wort mehr gesprochen, die zweite Lesung vollzog sich an einem Tage und die Kommissionsverhandlungen nahmen gleichfalls nur einen Tag in Anspruch! Und all dies, obwohl die jährlichen Mehrausgaben dieses Gesetzes über 100 Millionen Mark sind. Die Ereignisse der letzten Sommer hatten eben die Erkenntnis verbreitet, daß ohne eine moderne und schlagfertige Flotte es unmöglich ist, den gehörenden Einfluß in der Weltpolitik aufrecht zu erhalten. Kreißend sind die Ansprüche des Flottenvereins im Reichstage abgelehnt worden.

Die Militärparole gesetzte haben wohl die Kommission sehr eingehend und sehr lange beschäftigt, aber im Februar sind sie in zwei Tagen erledigt worden. Alle Parteien haben sich darin zusammengefunden, die Kommissionsbeschluß ohne weiteres zu akzeptieren. Darin liegt ein ehrendes Zeugnis für die Kommission selbst, welche in der Tat gute Arbeit geleistet hat. Diese neuen Gesetze treten am 1. Juli 1906 in Kraft; sie haben aber Gültigkeit für alle Streitteilnehmer und für alle jene Kavaladen und Pensionäre, die seit dem 1. April 1905 in Pension gingen; eine Nachzahlung der höheren Gebühren findet jedoch nicht statt. Das Zentrum hat an diesen Gesetzen in ganz hervorragender Weise mitgewirkt.

Freilich ist die Bahn für die beiden letzten Gesetze erst frei geworden, nachdem die Steuerergebe ange nommen worden waren. Diese Arbeit wäre ohne Anwesenheitsgelder einfach nicht zu leisten gewesen; man mag dies in manchen Kreisen bedauern, aber es war so. Mit fast unglaublicher Mühe hat die Steuerkommission ihre Arbeiten vollzogen, es ist auch seine Kleinigkeit, 200 Millionen Mark neue Steuern aufzubringen. Das Rückgrat der neuen Steuer ist die Erschließungssteuer und die Fahrkartensteuer, die zusammen nahezu 100 Millionen Mark aufzubringen werden. Beide Steuern treffen in erster Linie die beschäftigten Massen und deshalb ist in freilich liberalen Zeitungen das Gejohr über diese Steuer so sehr groß. Was die Fahrkartensteuer, die am 1. August in Kraft tritt, betrifft, so nimmt sie auf die unteren Bevölkerungsschichten die größte Rücksicht; sie läßt die vierte Klasse ganz frei, die dritte Klasse bis zu 60 Pf. Fahrpreis und zieht namentlich die zweite und erste Klasse sehr schwer heran.

Die Einführung der neuen Gesetze haben heuer sehr viel Zeit im Aufbruch genommen, das Reichsamt des Innern und das Reichsjustizamt standen je über zwei Wochen zur Debatte; es ist die Geduld um so begreiflicher, als heuer kein einziges soziales Gesetz verabschiedet worden ist. Am meisten Aufsehen erregten die Kolonialdebatte. Der Reichstag hat hier höchst den Rostfisch angesetzt und insgesamt 38 Millionen Mark Ausgaben abgestrichen. Was über die Verhältnisse in den Kolonien bekannt geworden ist, lautete nicht sehr freudlich und so war es schließlich ganz selbstverständlich, daß auch der Gedanke eines selbständigen Reichskolonialamtes keine Gegenliebe im Reichstage fand und in dritter Lesung abgelehnt wurde.

Eine Reihe von Rechtsentwürfen hat der Reichstag sofort im kommenden Herbst zu erledigen; hierzu stehen in erster Linie die Entwürfe über den Versicherungsvertrag, das Urheberrecht an Werken der bildenden Kunst, das Automobilhaftpflichtgesetz und das Unterstützungswohnsitzgesetz. Die Gesetze über die Haftpflicht des Tierhalters und den Verstärkungsmaßnahmen für das Pauschalverbot sind gleichfalls für die zweite Lesung reif. Dann soll im Herbst einzutreten der Entwurf über die Wirtschaftlichkeit der Berufsvereine und

nicht mehr dürfte in katholischen Institutionen geboten werden, durchaus nicht mehr! Denn indem man für eine ehrliche Arbeit fliegende Lohn empfängt, wie es jetzt üblich entweder man sie für das eigene Gefühl, wie für das des Jueters.

Wir haben das beste Vorbild an den Nonnen. Warum wirken diese so ganz anders auf Kinder, Kranken und Armen, als bezahlte oder dilettante Helferinnen? Weil die vollkommenen Unigenügsamkeit ihr Tun verläßt, weil sie die Gewähr gibt, daß kein Nebeninteresse, sondern nur wahrhaft Gottes- und Menschenliebe die Motive der Verzehrung waren, nicht Gewinn.

All jolche nach klösterlichem Geist eingerichtete Institutionen können wirklich als leuchtendes Beispiel den bestehenden Einrichtungen „vorangehen“.

Ein weiteres viel bespötteltes, aber nicht bisher beispielhaftes Merkmal der bestehenden Wohltätigkeitsunternehmungen ist die damit so oft verknüpfte persönliche Eitelkeit. Es wird vergessen, daß die Selbstverleugnung sich auch auf die eigene Persönlichkeit erstreckt muß, soll das Gelehrte gelten aber die Namen, wird ein Stand- und Langfuss getrieben, wird den Vorständen geschweift, wird auf Papieren und Wällen die eigene Persönlichkeit im Präsentierer der Wohltätigkeit präsentiert. In einer süddeutschen Dienstmädchenpatrone erklärten sich die Vorständinnen in Freudenräumen darüber, daß eine Generalin mit arbeiten kam, sie brüsteten sich damit, daß im nächsten Bezirk die Kolleginnen nicht so viel Mädchen zusammen gebracht hätten wie sie, und warben bei den Mäd-

## Vom Wege der Zeit.

Von Angela von Baly-Balysberg.  
(Nachdruck verboten.)

### II. Ein Leitstern.

„Mit der übernatürlichen Kraft der Gnade ausgerüstet, kann und soll die katholische Frau den Vorrang im Wohltum behaupten“ — so sprach Pater Nöller in Breslau am Charitasstage. Wie aber?

Gest auf allen Gebieten der Wohltätigkeit im modernen Sinne (der mehr dem Elend vorbeugen, als ihn durch Almosen bekämpfen will) ist von evangelischen und interkonfessionellen Vereinen Neues geschaffen worden, die Nachahmung des tatsächlich schon Begründeten und Bewährten ist unvermeidlich. Und doch kann ein neuer Geist die gleichen Werke durchdringen und sie dadurch zu katholischen machen: der Geist des rücksichtslosen Opfersinnes und der gänglichen Verleugnung der eigenen Persönlichkeit, aus innerer Demut.

Bei den meisten grob angelegten Liebeswerken, von denen man heute viel spricht, mutet einiges frostig an: Die Knappheit in allem, die aus dem Prinzip hervorgeht, die wohltätigen Werke müßten sich tragen, ja womöglich noch Überfluss zu Neugründungen bringen, dürfen keinesfalls dauernde Opfer fordern.

Das ist ein Grundirrtum. Es wird vergessen, daß solche Einrichtungen nicht nur bestimmt sind, den materiellen Ausgleich in eine Welt voll bitterer Gegentäye zwischen arm und reich zu bringen, die Versöhnung zwischen den verschiedenen Klassen anzubauen, sondern auch den Frieden des

eigenen Gewissens zu schaffen, denn nur das Opfer befreit die Seele von dem qualvollen Gefühl, einen Vorzug vor anderen zu genießen. — Haben wir denn nicht das herrliche Wort: „Gebe hin und verlaufe das, was du hast und gib es den Armen.“ Diese präzise Forderung bedeutet: Erst wenn das Vermögensopfer vollzogen ist, ist der Jüngling tauglich zur Nachfolge Christi, erst dann würdig der Gnade, sein Jünger zu werden. So auch ist jede Wohltätigkeitsseinrichtung erst ein Wandel in des Heilandes Fußstapfen, wenn sie auf unanständlichen materiellen und persönlichen Opfern beruht. Fehlen diese, dann fehlt dem Ganzen die „Kraft der Gnade“.

Das Neue, was die katholischen Institutionen bringen können, ist das völlig uneigennützige Wirken, sie müssen nur geben, nichts gewinnen wollen (auch nicht für ideale Zwecke), müssen immer mehr bieten, als sie empfangen! Nach jebigem monarchistischen Weltkrieg muß eine Wohltätigkeitsseinrichtung ein sogenanntes „schlechtes Geschäft“ sein, muß immer und immer wieder kosten, um im katholischen, geistigen Sinn ein „gutes, frommes, geheiltes Geschäft“ zu sein.

Die Mehrzahl der bisherigen Wohltätigkeitsorganisationen beruht auf der bezahlten Arbeit, meist ganz dem idealen Zweck fernstehender Beamten oder Helferinnen. Die Folge ist ein bürokratischer Zug darin und ein Miftrauen der Klassen, denen man glaubt, wohl zu tun.

Es ist nichts dagegen eingewandt, daß den Arbeitern an dem Allgemeinwohl ebenso wie den Nonnen der Lebensunterhalt gesichert wird; das ist notwendig, um die nötige Ruhe und volle Hingabe für den Beruf zu schaffen, aber